Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. Mk. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn Mk. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 70. | Dresden, Montag den 25. März 1912. | 23. Jahrg.

Der Kampf um die Jugend.

Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hatte am Sonnabend nach dem Plenarsitzungssaale des Herrenhauses Einladungen zu einem Diskussionsabend ergehen lassen, auf dem über den „Kampf der Parteien um die Jugend" verhandelt wurde. In Vertretung des Kaisers war Generaladjutant v. Plessen erschienen. Den Vorsitz führte Staatsminister v. Hentig, der in seiner Einleitungsrede darauf hinwies, daß die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge es sich zur Aufgabe gemacht habe, von dem wichtigen Gebiet der Jugendpflege die Politik fernzuhalten. Es habe sich die Möglichkeit eines Zusammenwirkens der verschiedensten Richtungen ergeben, denen das Wohl der Jugend am Herzen liegt. Darauf schilderte Bürgermeister Dr. Weinreich-Neukölln den gegenwärtigen Stand der Jugendbewegung. Er führte aus, daß die Jugendfürsorge sich überall da als notwendig herausstellt, wo die Industrialisierung eines Volkes zunimmt. Was aber der Frage ihr spezifisch deutsches Gepräge gebe, sei die parteipolitische Zerrissenheit. Der Redner gab einen ausführlichen Ueberblick über die kirchliche, bürgerlich-national-interkonfessionelle und sozialistische Jugendbewegung. Er schilderte weiter das in letzter Zeit entstandene „Jung-Deutschland", das vom Generalfeldmarschall v. d. Goltz gegründet sei und die Mitarbeit der Offiziere an der Jugendbewegung gebracht habe. In diesen Wirrwarr habe nun Preußen spät, aber mit starker Hand eingegriffen und der proletarischen Jugendbewegung von unten eine Bewegung von oben entgegengesetzt, die von der Sozialdemokratie scharf bekämpft wird, aber jedenfalls den einen Vorteil gehabt habe, daß jetzt 16 000 Kräfte, in der Mehrzahl Lehrer, für die Jugendbewegung neu gewonnen sind.

In der sich anschließenden Diskussion sprach an erster Stelle Reichstagsabgeordneter Dr. Kerschensteiner-München: Der Staat hat in der wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung unserer Zeit geschlafen bis in die letzten Jahre hinein. Das ist der Grund, weshalb sich die einzelnen Parteien der Frage angenommen haben. Zunächst haben es die kirchlichen Parteien getan und dann hat — das muß zu ihrer Ehre gesagt werden — die sozialdemokratische Partei die Erziehungsnot der Jugend erfaßt. Dadurch ist es dann so gekommen, daß die Parteien sich nicht nur um die Jugend gekümmert, sondern dieses gewaltige Problem verbunden haben mit der Förderung ihrer Parteiideale. Soll der Staat die Jugendfürsorge übernehmen, dann reichen die heute dafür zur Verfügung gestellten Mittel auch nicht annähernd aus. Die Jugend die Welt sehen zu lassen durch eine Parteibrille ist ein Verbrechen an der Jugend, gleichviel, welche Partei es sei. Man hat die sozialdemokratische Jugendbewegung bekämpft, aber man kann kein Gesetz machen, das diese große, gewaltige Partei, die manchen Leuten unangenehm ist, von der Jugendfürsorge ausschließt, während es die anderen Parteien segnet. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß die Parteien verpflichtet werden, in ihren Erziehungseinrichtungen die Politik herauszulassen. Wir von der Zentrale für die Jugendfürsorge wollen das Gewissen der Parteien schärfen. Nichts hat mich bisher mit größerem Schrecken erfüllt, als der Gedanke, daß unsere Jugend nicht zum Lieben, sondern zum Hassen geboren sei. Selbstverständlich soll der Staat den Arbeiten aller Parteien zur Förderung der Jugend eine Unterstützung zuteil werden lassen. Gelingt es nicht, diesen Weg zu beschreiten, dann bleibt nichts anderes übrig, als daß der Staat das Zehnfache, ja das Hundertfache von dem für die Jugend aufwendet, was er heute dafür zur Verfügung gestellt hat. (Beifall.) — Pfarrer Dr. Hollmann-Nikolassee betont sodann die Notwendigkeit, alle Kreise des Volkes zur Mitarbeit heranzuziehen und nicht nur für die Arbeiterjugend, sondern auch für die Jugend der höheren Schulen zu sorgen. — Reichstagsabgeordneter Dr. Pieper widerspricht der Ausschaltung der Konfession bei der Jugendfürsorge, die ebenso gut wie die Erziehung im Elternhause nach konfessionellen Grundsätzen betrieben werden müsse.

Reichstagsabgeordneter Dr. Frank-Mannheim: Die offizielle Jugendpflege ist in erster Linie zurückzuführen auf die Angst vor der proletarischen Jugendbewegung. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß die offizielle Jugendpflege sich um die weibliche Jugend überhaupt noch nicht gekümmert hat. Die Mädchen werden später eben nicht Rekruten und Wähler, und deshalb beschränkt sich das Interesse auf die jungen Männer. (Sehr richtig!) Die Antwort auf die uns heute beschäftigende Frage haben die Gesetzgebung, Verwaltung und Polizei schon vorweg genommen. Die proletarische Jugendbewegung ist seit einigen Jahren mißhandelt worden, als solle sie zum Tode verurteilt werden. Die Neutralität in der Jugendbewegung ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner Traum. Der Staat kann nicht neutral sein. Der neutrale Staat besteht nur in der Phantasie mancher gutmeinender Ideologen. Erst wenn der Staat nicht mehr eine Organisation der herrschenden Klassen sei, sondern die Zusammenfassung aller Volkskräfte, wäre er das für die Jugendpflege geschaffene Organ. Es gibt aber auch keine neutralen Persönlichkeiten. Gerade die Lehrer, die etwas leisten, sind ganze Männer, und ganze Männer verleugnen ihre politische Ueberzeugung niemals. In der proletarischen Jugend existiert ein heißes Verlangen nach politischer Erziehung. Die Kreise, die ängstlich darüber wachen, daß die Jugend nicht mit der Politik in Berührung kommt, sind dieselben Kreise, die auch die Frauen von der Berührung der Politik fernhalten wollen. (Sehr richtig!) Es sind dieselben Kreise, die sechsjährigen Kindern die schwierigsten religiösen Probleme vorlegen. Wenn soll denn das deutsche Volk zur politischen Bildung vorbereitet werden, wenn nicht zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre? Es gibt viele Kreise, die in dieser Frage ein falsches Spiel treiben. Es sind die Kreise, die die Politik für die jungen Arbeiter beseitigen wollen, die unter dem Vorwand einer unpolitischen nationalen Erziehung in Wahrheit den jungen Arbeitern arbeiterfeindliche Politik predigen wollen. (Sehr richtig!) Dr Pieper hat den Konfessionen das Recht vorbehalten, die Kinder nach Gutdünken auszubilden. Für die Arbeiter ist die Arbeiterbewegung eine heilige Sache, und deshalb muß eine so gewaltige Geistesbewegung selbstverständlich den Wunsch haben, die Jugend so zu erziehen, wie sie es für richtig hält. Es ist ein törichtes und unmögliches Beginnen, in der Arbeiterjugend Haß gegen die Sozialdemokratie säen zu wollen. Schade um das Geld, das dafür ausgegeben wird. Die Jugendorganisationen der Arbeiter werden von der Polizei verfolgt, und ein junger Arbeiter müßte ein ehrloser Trottel sein, wenn er die Arbeiterorganisation in dem Augenblick verlassen würde, in dem gegen diese Organisation nicht ein Kampf mit geistigen Waffen, sondern ein Kampf mit den Waffen der Polizei geführt wird. Solange diese Zustände bestehen bleiben, wird es, auch wenn ein Zusammenarbeiten auf einzelnen Gebieten möglich ist, eine selbständige proletarische Jugendbewegung geben. (Beifall.)

Auch in der weiteren Aussprache kamen Vertreter aller Richtungen zum Wort. Die Sitzung fand erst in später Nachtstunde ihr Ende.

* * *

Am gleichen Tage, da im preußischen Herrenhause die an dieser Stelle sehr ungewöhnten Klänge eines sozialdemokratischen Redners ertönten, wurde auch im preußischen Abgeordnetenhause über die gegenwärtig vielerörterte und ungemein wichtige Frage der Jugendbewegung geredet. Und an dieser Stelle zeigte sich deutlich, was es auf sich hat mit der „Jugendfürsorge", die der preußische Staat so plötzlich und mit so erheblichem Geldaufwand aufpäppeln möchte.

Nichts kennzeichnet diesen borussischen Geist vielleicht besser als ein kleines Zwischenspiel während der Rede des konservativen Abgeordneten v. Goßler im Dreiklassenhaus. Nachdem dieser Herr, entsprechend dem Niveau seines Verständnisses, gegen Klassenkampflehre und historischen Materialismus in der sozialdemokratischen Jugendpflege geeifert, kam er auf den „historisch materialistischen" Kern seiner sittlichen Entrüstung, die Kinderarbeit auf dem Lande, zu sprechen. Darüber meldet nun der Bericht:

„v. Goßler: Abg. Hirsch hat eine großartige Unkenntnis des Landes bewiesen. Den Kindern schadet die Landarbeit gar nichts. Ich bin oft dabei, wenn die Kinder Rüben ziehen. (Abg. Hoffmann: „Ihre?") — Meine nicht! (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Das liegt in den Verhältnissen — da ist keine Ausbeutung dabei."

Man kann das Wesen der preußischen Jugendpflege auf keine kürzere Formel bringen! Für die Kinder der Reichen: Renten und Aufklärung! Für die Kinder der Armen: Religion und Rübenziehen! „Das liegt in den Verhältnissen!"

Aber eben diese Verhältnisse wollen wir ändern, geehrter Junker! Und darum wollen wir die Kinder zu freien Menschen erziehen. Der ganze Kampf der Weltanschauungen in der Jugendpflege ist schließlich ein Kampf „ums Rübenziehen", womit er allerdings nicht weniger interessant und nicht weniger wichtig wird. Auf der einen Seite stehen die, die meinen, wenn ihre Kinder Rüben ziehen könnten, so seien die Kinder des Herrn v. Goßler auch nicht zu schade dazu, wenn aber die Kinder des Herrn v. Goßler zum Rübenziehen zu gut wären, dann wären es die ihren auch. Auf der andern Seite stehen aber die, die da meinen, eine Minderheit sei dazu geboren, mit Sporn und Peitsche dabei zu stehen, wenn die Mehrheit für sie arbeitet. Und diese reden dann in geschwollenen Ausdrücken von Religion und Vaterland wider sozialdemokratischen Umsturz und Materialismus.

Zum mindesten könnte man nun wohl von den Goßlers verlangen, daß sie sich darauf beschränken, ihre Kinder zu erziehen und den Armen die Erziehung ihrer eigenen Kinder nach ihren eigenen Grundsätzen überlassen. Aber das ist es ja gerade, um was sich der Kampf dreht, und das ist das Empörendste an der Sache, daß sich die herrschenden Klassen Preußens das Recht anmaßen, dem arbeitenden Volke seine Brut aus dem Neste zu holen und sie im Schulkäfig nach ihren Grundsätzen zu dressieren. Ueber Schulwesen und Jugendpflege entscheidet der preußische Landtag, das heißt der Klub der preußischen Adeligen, verstärkt durch einige katholische oder orthodoxe protestantische Geistliche und ein paar industrielle Scharfmacher.

Unser Parteigenosse Frank hat recht: Solange der Staat in den Händen einiger bevorrechteter Sippen ist, so lange ist die staatliche „Jugendfürsorge" nichts als ein erbärmlich falsches Spiel. Darüber werden auch die wohlmeinenden Ausführungen eines Kerschensteiner nicht hinweghelfen, der vergeblich danach ruft, daß die Politik von der Jugend ferngehalten werden soll.

Gewiß: Parteipolitik zu treiben sollte nicht die Aufgabe von Jugendorganisationen sein. Die Arbeiterschaft ist weit entfernt davon, zu wollen, daß die heranwachsende Jugend Einwirkungen auf das politische Leben ausüben solle. Die Jugend soll lernen und den Charakter stählen. Aber ebenso selbstverständlich ist es, wenn die Arbeiterschaft sich aufs allerentschiedenste dagegen verwahrt, daß ihr Nachwuchs einer Bearbeitung im „staatserhaltenden" Sinne überliefert werde, daß die jungen Leute des Proletariats mit Byzantinerei und Streikbrechergesinnung erfüllt werden sollen.

Erst wenn der Staat den Klauen der Junker und der Kapitalsgewalt entzogen wird, kann er die Aufgabe der Jugenderziehung gedeihlich übernehmen. Der heutige preußisch-deutsche Staat, der aus den Geldern der Steuerzahler die Volksjugend den Volksidealen zu entfremden sich beeifert, ist völlig ungeeignet für die großen Erziehungsaufgaben, die an der Jugend auszuüben sind. Darum hat die Arbeiterschaft die heilige Pflicht, den Kampf gegen diesen zu pädagogischen Kulturaufgaben unfähigen Staat zu führen und zugleich für die freiheitlich kulturelle Lebensvorbereitung ihres Nachwuchses mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln Sorge zu tragen!

Die Zersetzung der nationalliberalen Partei.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei versammelte sich gestern, Sonntag, in Berlin zu einer konstituierenden Sitzung. Wie das Berliner Tageblatt aus gut unterrichteter Quelle erfahren hat, stießen die Geister dabei sehr heftig aufeinander, und leider hat die Sitzung mit einer empfindlichen Niederlage für den linken Flügel der Partei geendet. Herr Bassermann wurde zwar mit Herrn Dr. Friedberg und dem sächsischen Landtagspräsidenten Vogel wiederum zum Vorsitzenden gewählt, aber bei der Abstimmung über seine Wahl erhielt er nur 79 Stimmen, während nicht weniger als 30 unbeschriebene Zettel abgegeben wurden. Noch unerfreulicher für die Richtung Bassermann gingen die Wahlen zum Geschäftsführenden Ausschuß aus. Der Führer der Jungliberalen, Dr. Fischer, wurde überhaupt nicht wiedergewählt, ebenso unterlag Herr Dr. Stresemann. Von rechtsnationalliberaler Seite wurden Bedenken gegen die Unabhängigkeit des Herrn Dr. Stresemann laut für den Fall, daß er den Geschäftsführerposten des Hansabundes übernehme. Obwohl Dr. Stresemann die Erklärung abgab, den Posten nicht annehmen zu wollen, fielen nur 39 von 112 abgegebenen Stimmen auf ihn. In längeren Ausführungen über die gegenwärtige Situation schilderte Herr Bassermann eingehend die Vorgänge in der Fraktion und bemühte sich dann, von dem Zwist in der Partei abzulenken durch den Hinweis auf die bevorstehenden wichtigen parlamentarischen Aufgaben. Die Deckungsvorlage werde nach seiner Meinung noch weitere Schwierigkeiten verursachen, da die Besitzsteuer höchstens 15 Millionen ausmachen wird, die auch nach Ansicht des nationalliberalen Führers auf den Konsum abgewälzt werden dürften. Obwohl Herr Bassermann zum Schlusse die nationalen Traditionen der Partei und die daraus resultierenden Verpflichtungen für die Gegenwart hervorhob, wurden in der Diskussion die schärfsten Vorwürfe gegen die Fraktion und ihr Verhalten bei der Präsidentenwahl laut, und viele scharfmacherische Stimmen sahen auch in dem Verhalten bei der zweiten Präsidentenwahl kein Wiedergutmachen des früher begangenen Fehlers. Zum Schluß wurde ein Antrag auf Abänderung des Parteistatuts angenommen, demzufolge „nur solche Vereine in die Partei aufgenommen werden sollen, die nicht einen eigenen Verband mit eigener Spitze bilden". Der Antrag läuft auf nichts mehr und nichts weniger als auf eine Hinausdrängung der Jungliberalen hinaus. Bassermann bekämpfte ihn daher aufs heftigste. Die Annahme des Antrages erfolgte jedoch mit 63 gegen 43 Stimmen. Man scheint es mit der Abhaltfierung der Jungliberalen auch sehr eilig zu haben, denn ein weiterer Antrag verlangte, innerhalb sechs Wochen die Einberufung eines Vertretertages vorzunehmen, der sich vornehmlich mit der geplanten Statutenänderung befassen soll. Das „Hauptverdienst" an diesem Ausgange der gestrigen Sitzung kommt Herrn Fuhrmann zu, der auf der ganzen Linie Sieger über Herrn Bassermann geblieben ist.

*

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Organ der Eisen- und Kohlenbarone, hatte schon am Freitag abend unter Hinweis auf die Sitzung des Zentralvorstandes einen Artikel über „Vergangenheit und Zukunft der nationalliberalen Partei" gebracht, in dem es heißt:

Jedenfalls ist eine Vorbedingung notwendig: die Nationalliberalen, welche nicht in die Demokratie hineingleiten wollen, müssen sich auf die Grundlagen der Partei wieder besinnen, sie müssen verlangen, daß den Begriffen liberal lediglich die ethisch-religiöse Freiheit zugrunde gelegt wird, und daß man diese nicht mit allerlei geschichtlichen und materiellen Dingen verquickt. Sie müssen aber weiterhin vor allem verlangen, daß unbedingt der nationale Gedanke dem liberalen vorangestellt wird. Wer nicht die unzweideutige Erklärung ablegt, daß ihm das Nationale unter allen Umständen wichtiger ist als das Liberale, der gehört nicht in die nationalliberale Partei, er muß heraus, und mag dann den linken Weg zur Demokratie weitergehen. Nur so sind derartige skandalöse Vorgänge, wie die elsaß-lothringische Vorlage, von der Partei fernzuhalten.

Was die Rheinisch-Westfälische Zeitung unter national versteht, weiß man ja: Kampf gegen die Arbeiterbewegung mit allen denkbaren Mitteln, chauvinistische Hetze und ähnliche Dinge, die den Herren von der Großindustrie genehm sind. Mit dem Verlauf der Verhandlungen im Zentralvorstand und den dort gefaßten Beschlüssen dürfte die Rheinisch-Westfälische Zeitung wohl zufrieden sein. Haben doch zweifellos die Elemente in der nationalliberalen Partei, die der rheinisch-westfälischen Zeitung und den Industriemagnaten nahe stehen, einen Sieg erfochten.

Herrenrecht und Herrenprofit.

gl. Als in der Etatsdebatte die Regierung von unserer Seite zur Rede gestellt wurde wegen ihres Verbots der Ehen zwischen weißen und eingeborenen Frauen in Samoa, entzog sich der Staatssekretär Solf einer sofortigen Rechtfertigung, indem er die nähere Angabe seiner Gründe wegen der Kompliziertheit der Frage für die Kommissionsverhandlungen in Aussicht stellte. Diese Auseinandersetzung hat nun auch in der Budgetkommission stattgefunden. Wer aber erwartet hätte, überraschende Aufschlüsse und überzeugende Beweisgründe für den Regierungsstandpunkt zu hören, müßte arg enttäuscht worden sein. Trotzdem haben sowohl die Darlegungen des Staatssekretärs wie der Vertreter der bürgerlichen Parteien wertvolles Material dafür ergeben, wie sich in diesen Köpfen der kapitalistische Herrenstandpunkt widerspiegelt, wenn es darauf ankommt, der Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik in den Kolonien ein philosophisches Mäntelchen umzuhängen.

Herr Solf steht augenscheinlich vollständig unter dem Bann der unreifen Rassentheorien, mit denen seit Jahrzehnten in Europa von Vertretern der herrschenden Klassen, wie Houston Stewart Chamberlain, die kapitalistischen Klassenunterschiede rassenpolitisch gerechtfertigt werden. Der alte

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120325/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG